



Die Umbildung des Reichskabinetts.

Die offiziellen Verhandlungen zur Umbildung des Reichskabinetts haben am Freitag begonnen. Der Reichsausschuss empfing die Führer der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, um mit ihnen ein wirtschaftliches Aktionsprogramm, insbesondere aber die Umbildung der Reichsregierung zu beraten. Im längeren Gespräch erklärte er, daß der Reichspräsident ihn nunmehr mit der Umbildung der Regierung beauftragt habe. Der Kaiser denkt, wie verlautet, nicht daran, ein Kabinett der großen Koalition zu bilden, sondern will mit führenden Männern der Wirtschaft über das Aufstehen eines „Kabinetts des wirtschaftlichen Wiederaufbaues“ verhandeln. In der Besprechung am Freitag erklärte er insbesondere, daß ausserordentlich zwei Ministerien frei seien, das Ministerium des Innern und das Ministerium für Wiederaufbau. Doch beschloß er, das Kabinett noch durch einen Minister ohne Portfeuille zu erweitern. Bezüglich des Ministeriums des Innern haben, wie es heißt, bereits Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Hamburg-Unterelbe-Linie, Cuno, stattgefunden. Über die Bildung des Ministeriums für Wiederaufbau und des Ministeriums ohne Portfeuille sprach sich der Reichskanzler nicht aus. Die Umbildung des Reichskabinetts soll bis Dienstag abgeschlossen sein, bevor noch der Reichskanzler seine Regierungserklärung im Reichstage abgeben wird.

Stinnes zum Nahrungs- und Wirtschaftsproblem.

Während in Berlin Reparationskommission, ausländische Sachverständige und deutsche Regierung über das Nahrungs- und Reparationsproblem verhandeln, ist von sozialdemokratischer und geistungsverwandter Seite gegen die deutsche Industrie der Vorwurf erhoben worden, sie läge einer Stabilisierung der Mark feindlich gegenüber. Nachdem sich bereits der Reichsausschuss der deutschen Industrie in einer Vorstandssitzung gegen diese Tendenz ausgesprochen hatte, hat auch der Abgeordnete Stinnes in der bereits erwähnten, als vertraulich bezeichneten Ausschusssitzung des Reichswirtschaftsrats vom 9. November zu den Vorwürfen und zum Nahrungsproblem selbst, wie überhaupt allgemein zur Wirtschaftslage Stellung genommen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröfentlicht das Stenogramm der Rede Stinnes, dem wir folgendes entnehmen:

Jeder, der in der Industrie steht, muß den dringenden Wunsch haben, daß die letzten Inflationszustände aufhören und daß es zu einer Stabilisierung der Mark kommt. Worin die Meinungen in Deutschland verschieden sind, ist die Frage, wie und unter welchen Bedingungen man stabilisieren kann. Man muß sich über die wirtschaftliche Lage des Deutschen Reiches von innen und von außen klar werden. Deutschland ist sehr stark passiv, weil es unproduktiv ist. (Sehr richtig.)

Ich schätze Deutschlands Unproduktivität auf mindestens 200 Millionen Goldmark monatlich. Deutschland muß 200 Millionen Goldmark mehr nicht bloß produzieren, sondern nach Abzug der entstehenden Selbstkosten produzieren, um überhaupt leben zu können. Dann tritt überhaupt erst die Möglichkeit ein, daß irgend etwas für Reparationszwecke, für Anschaffungsarbeiten an das Ausland geliefert werden kann. Ich bin der festen Überzeugung, wenn die Einfuhr auf der französischen Seite und der Entente überhaupt da wäre, daß man dem deutschen Volk unter der Bedingung wesentlicher Überarbeit und wesentlicher Mehrleistung die Freiheit wiedergäbe, und die Produktion wieder, dann würde das deutsche Volk sehr bald arbeiten und wieder nach verhältnismäßiger Lohntzeit ein glückliches Volk werden. Voraussetzung ist ganz grobe Überarbeit, und ich stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Überzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten müsse.

und die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben und noch etwas für die Reparationen erbringen kann. Ferner bin ich der Meinung, daß von Grund auf alles revidiert werden muß, was sich in Deutschland nach dem Krieg und im Krieg unproduktiv gestaltet hat. Selbstverständlich werden wir unsere Bevölkerung in Gold lohnen müssen. Selbstverständlich kann nicht vorangeht, sondern nur nachgeholt werden. Wenn Sie nun jetzt hier, mit 100 Millionen an Kapital, qualifizierte und sich von irgend jemanden 500 Millionen an Kapital leihen lassen, so werden sie diese in zweiunddreißig bis drei Monaten restlos verpulvern und die 500 Millionen Goldmark werden Ihnen demnach fehlen, wenn Sie sie absolut notwendig haben. Die Voraussetzung jeder erfolgreichen Stabilisierung ist nach meiner Meinung,

daß auf lange Zeit Lohnkämpfe und Streiks ausgeschlossen sind. Wenn Sie eine Stabilisierung mit Streiks anfangen wollen, ist die Stabilisierung innerhalb der nächsten zwei Monate zu Ende. Man muß in Deutschland den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen: Ihr könnt den Achtstundentag behalten, aber arbeiten müßt ihr, bis ihr eine aktive Zahlensituation habt und außerdem die Wertschwund und Amortisation der Anleihe vorzunehmen, die für die Stabilisierung der Mark und für die Zahlung der Reparationen in der absolut unvermeidlichen Höhe notwendig ist. Wir müssen den Mut haben, zunächst einmal den sämtlichen Deutschen zu sagen:

Man kann keinen Krieg verlieren, und zwei Stunden weniger arbeiten wollen.

Das geht nicht. (Sehr richtig.) Ihr müßt arbeiten und noch einmal arbeiten und immer wieder arbeiten. Wenn ich sehe, daß die Reparationskommission hierherkommt und sie bloß über Mars spricht, die wir verpulvern werden, dann fahre ich zu mir. Ich habe mit der Reparationskommission nicht die gleiche Meinung. Man muß also auch nicht zu den Leuten gehen, die die Reparationskommission irgendwie über einen Antriebsplan unterrichtet hätten, der meines Erachtens nicht existiert. Wenn ich das Reich als ein geschäftliches Unternehmen ansehe, werde ich ermitteln, wie man es geleitet werden, wie man die Sache einrichtet haben. Wenn die Frage so gestellt würde,

unter welcher Voraussetzung wird dieses Land wieder kreditfähig sein,

würden wir uns mit dem Auslande sehr leicht verständigen.

können. Wir würden zur Erörterung aller Fragen kommen, und am Schlusse würden die betreffenden Leute, würde die Bank dem Unternehmen laien: „Ja, nun bin ich bereit nachdem ich mich davon überzeugt habe, daß das Land wieder fähig ist, eine aktive Wirtschaft zu führen, die einen Kredit zu geben. Neben diesem Stabilisierungskredit will ich Dir soviel Geld geben, damit Du die übrigen Gläubiger, die Reparationsstaaten, ablösen kannst.“ So haben Sie aber hier die Sache noch nie aufgefacht, so ist sie noch nicht geprüft worden. Die Schwierigkeiten sehe ich nur immer wieder in der Verteilung, ob die Freiheit für uns eher eintreten muß, die Befreiung der Produktion im ganzen Deutschland oder die Änderung in der Arbeit bei uns. Das wird Aufgabe geschickter Unterhändler sein.

Wenn die Sache als Vampfgeschäft ohne wirkliche Behebung der Fehler, ohne Sanierung der tiefen

Verhältnisse verfaßt wird, kommen wie nie zum Schluß. Was die Arbeitsfrage angeht, so ist das keine spezielle Arbeiterfrage, selbstverständlich, sondern es ist überhaupt die Frage der Produktivität. Ich habe ausdrücklich hier gesagt, ich möchte das hervorheben, daß ich die Frage des Nichts und Entens als eine Frage ansehe, die wir nicht diskutieren wollen. Denn es gibt gewisse Fragen, die man zweckmäßig nicht erörtert. Aber nachdem die ganzen Instrumente der Wirtschaft in unserer verarmten Lage auf den Kistenfundamenten, soweit er heute ausgeübt wird, nicht eingestellt sind, so ist das eine Frage von Leben und Sterben, daß man diese Instrumente so ausrichtet, daß damit genügend Güter erzeugt werden, daß wir leben können.

Zenerungsunruhen.

In dem Kölner Industrieort Rast kam es am Freitag zu Unruhen von Lebensmittelgeschäften. Es wurden die Fenstersteine der Läden eingeschlagen und die ausgestellten Waren geraubt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, welche die großen Verkehrsstraßen durchzog, wurde schließlich durch ein starkes Aufgebot berittener Polizei auseinandergetrieben. — Aus Berlin werden ähnliche Vorgänge gemeldet. Im Norden der Stadt brangen mehrere junge Leute in einen Laden ein und raubten eine große Anzahl Brote und einige Pfund Zwieback. Die Wache des Ladeninhabers führte zu einer Ansammlung vor dem Geschäft, die von der Schutzpolizei zerstreut wurde.

Poincaré in Verlegenheit.

Paris, 11. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Auf die gestrige Kammer Sitzung muß noch mit einigen Worten zurückgegriffen werden. Man hatte eine Rede Poincarés über die Reparationen erwartet. Aber der Ministerpräsident, der drei und eine halbe Stunde auf der Tribüne stand, schritt dieses Thema nicht an. Dies bleibt der Sitzung am kommenden Freitag vorbehalten. Gestern hielt sich Poincaré, wenn man von kurzen Erklärungen über die orientalische Frage abläßt, die inhaltlich nichts Neues boten, ausschließlich an die innere Politik. Es mußte Erstaunen erregen, daß der für allmächtig geltende Ministerpräsident sich dazu herbeiließ, mit dem Abgeordneten Mandel, anderthalb Stunden so polemisieren, wobei darüber kein Zweifel herrschte, daß er die Kammer nicht auf seiner Seite hatte. Die Aufnahme der Rede war geradezu eiskalt. Allgemein wurde dem Gefühl Ausdruck gegeben, daß die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten die innere Politik Poincarés sichtlich scharf kritisierte. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß bereits jetzt Vorbereitungen für im Mai 1924 stattfindenden Wahlen getroffen werden. Man wagt es Poincaré vor, daß er mit den Radikalsocialisten, welche bei den letzten Wahlen auf der Schlichtpunkt geblieben waren, sich abgefunden und daß er infolgedessen radikal-socialistische Präzedenzen im Auge behalte. Poincaré tat auf daran, darauf hinzuweisen, daß dieselben Präzedenzen auch unter Clemenceau im Auge gewesen wären.

Die Kammer war sichtlich erbittert. Und daß Poincaré notorische Radikalsocialisten mit Millionen im Ausland betraute, ist nicht geeignet, die Stimmung der Abgeordneten für den Ministerpräsidenten zu erhitzen. Sogar von Franklin Bouillon, den man wegen seiner Annahmen mit Angora einige Wochen hindurch geradezu vergöttert hatte, will man jetzt nichts mehr wissen. Da er Radikalsocialist ist, muß man befürchten, daß der diplomatische Erfolg, den er in Angora davon getragen hatte, die Wählerchaft neuerdings für die radikal-socialistische Partei begeistern könnte. Man ist in leitenden Kreisen der Abgeordneten im Grunde genommen zufrieden damit, daß nunmehr die Türkei Schiedsgerichte machte und die ganze Politik, die Franklin Bouillon in Angora verfolgte, sich als nutzlos erweist. Es war bezeichnend in der gestrigen Sitzung der Kammer, daß der Abgeordnete Mandel sich genau im Zentrum der Kammer niederließ und so der eigentliche Führer der Mehrheit der Abgeordneten zu sein schien. Poincaré machte z. B. Anspielungen auf das Jubelium Mandels, was einige Heiterkeit in der Kammer hervorrief. Der Abgeordnete Mandel erwiderte aber: „Ich weiß, daß Sie Lust hätten, mir die Gärten Israels aufzuhallen. Da kannte der Entschluß der Abgeordneten einfach keine Grenzen, und man sah, daß die überwiegende Mehrheit eigentlich keinen anderen Wunsch hatte als raschstens Mandel im Ministerium des Innern zu sehen, von wo aus er die Wahlen leiten würde, wie er als Ministerpräsident Clemenceau im Jahre 1919 die Wahlen geleitet und zum glücklichen Ausgang für den bloc national geführt hatte. Die fortwährenden Angriffe Mandels und André Carriens, der weniger in der Kammer als in seinem „Echo National“ sich die schärfsten Beschuldigungen leistet, machten den Ministerpräsidenten sichtlich nervös. In seiner Abwehr war er gestern zweifellos unglücklich.

Die Orientfraks.

Paris, 11. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Zwischen Paris und London dauern die Meinungsverschiedenheiten und die Meinungsverschiedenheiten weniger der Konferenz an. Paris bringt weiterhin darauf, daß die Konferenz am 18. November eröffnet werde. Es muß jedoch bereits auf dem Wege nach Lausanne, und er kann das erspürliche Schauspiel erleben, daß er mit den übrigen 35 Mitgliedern seiner Abordnung am Montag dort eintrifft und als Gegenspieler nur die beiden Franzosen Borel und Compad mit ihren Gefolgsleuten begegnet, während England und vielleicht Italien überhaupt nicht anwesend wären. Die ganze Situation ist vollkommen veräppelt. Neuter teilte gestern mit, daß Lord Curzon keinerlei Anregungen gegeben habe, mit Poincaré zusammenzutreffen. Der Quai d'Orsay aber verlautbart heute, daß das englische Kabinett eine solche Zusammenkunft wünsche und daß Lord Curzon gestern bei Poincaré vorkommen sei, wobei der Ministerpräsident erklärte, er würde eine beratende Zusammenkunft mit dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten noch befragen, wünsche aber nicht, daß dadurch der Beginn der Konferenz von Lausanne verschoben werde; die Besprechung mit Lord Curzon

darüber gelegentlich dessen Durchreise über Paris nach Lausanne erfolgen. England wünscht, daß vor der Eröffnung der Konferenz die Ministerpräsidenten Frankreichs, Italiens und Englands zusammenkommen, um Abmachungen über die Einheitsfront zu treffen, die den Türken in Lausanne entgegengestellt werden soll. Poincaré erklärte, daß solche feste Bindungen im Augenblick größere Unaufrichtigkeit als Vorteile aufweisen; man sollte sich mit einer gewissen Freiheit der Anschauungen nach Lausanne begeben.

Wie die Alliierten wegen der Lausanner Konferenz uneinig sind, so gehen auch die Meinungen, die in Paris und London über Konstantinopel ausgedehnt werden, weit auseinander. So wird behauptet, daß die Besprechungen zwischen Mustafa Pascha und den alliierten Oberkommissaren betreffende Ergebnisse erzielt hätten. Neuter meldet dagegen, daß die Kompromißmöglichkeiten, die gestern ausgearbeitet worden waren, von der Nationalversammlung von Angora abgelehnt wurden und daß die Lage sehr beunruhigend sei und man mit der Verhängung des Belagerungsaufstandes über Konstantinopel von einem Augenblick zum anderen rechnen müsse.

Das englische Kabinett trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Lord Derby mußte wieder einmal auf eine Wahlrede verzichten und telegraphierte, die Lage sei so ernst, daß sein Verbleiben in London sich als unbedingt notwendig darstelle, weshalb man keine Abwesenheit von der Wählerversammlung entschuldigen müsse. Die Vertreter der Alliierten in Konstantinopel besprechen besonders darauf, daß ihnen die Kontrolle über die türkische Polizei aus den Händen gealiten sei. Sie würden infolgedessen auch nicht, wie viel Kemalisten bereits aus Ästen nach Konstantinopel gekommen wären. In dieser Zeit könnten bereits so viele Kemalisten einetroffen sein, daß dadurch die Situation der Alliierten in Konstantinopel schwer bedroht wäre. Der englische, der französische und der italienische Oberkommissar der interalliierten Polizei- und Gendarmeriekommissionen beauftragt sind, hatten eine Besprechung mit Mustafa Pascha, die das Ergebnis ein wichtiges Resultat ergeben haben soll. Neuter weiß von dieser Besprechung nichts.

London, 10. November. Neuter. Die alliierten Oberkommissare haben gefordert, daß alle kemalistischen Maßnahmen, die in Widerspruch mit den Kapitulationen und dem Waffenstillstandsvertrag stehen, widerrufen werden, andernfalls sie genötigt seien, wegen der notwendig werdenden Aktion an ihre Regierung zu berichten.

Milderung des amerikanischen Einwanderungsgesetzes.

Washington, 10. November. Das Finanzdepartement erklärt, daß jeder Vorschlag auf Abänderung der gegenwärtigen amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen, der geeignet wäre, dem Lande eine umfangreichere Zahl von Arbeitern zu verschaffen, durch Mellon gebilligt werden würde, wenn er auch dafür sei, daß irgendein Auswahlsystem zur Anwendung komme, wodurch eine unerwünschte Vermehrung anderer Einwandererkategorien verhindert werde. Besonders sei er der Auffassung, daß die zunehmende Wohlfaht des Landes die Ursache des Arbeitermangels ist, und die Industrie an der Fortdauer der hohen Preise die Schuld trage.

Verstrebene Mitteilungen.

Der Reichspräsident wohnte am Freitag einer Sonder Sitzung des Berliner Magistrats bei. Auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Boehl, der die traurige wirtschaftliche und finanzielle Lage Berlins und anderer großer Gemeinwesen schilderte, erklärte Reichspräsident Ebert, das Reich bringe den Mühen der großen Städte Verständnis und volle Aufmerksamkeit entgegen. Es werde in den Grenzen, die ihm die eigene Anlage ziele, zur Hilfe bereit sein. Dann fand der angekündigte Besuch in anbetragt der Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten statt. Es wohnten ihm außer Mitgliedern der Reichstages und städtischen Behörden auch zahlreiche Vertreter von Kunst und Wissenschaft bei.

Generalstabmarschall Conrad von Hörsing, der langjährige Generalsstabchef des österreichischen Heeres, feiert am 11. November in Innsbruck seinen 70. Geburtstag.

Die Rutlage der Presse. Die „Königsberger Darlegung des Weltkriegs“ und die „Abnigberger Allgemeine Zeitung“ sehen sich gezwungen, vom 1. Dezember ab zum täglich einmaligen Erscheinen als Abendblätter überzugehen.

Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen verbot auf Grund des Schutzgesetzes erneut die „Bartensteiner Zeitung“ wegen des Artikels „Die verabschiedete Präsidentenwahl“ auf vier Wochen.

Strafverfahren gegen die „Münchener Post“. In den Klammern der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wurde, wie gemeldet wird, eine politische Hausdurchsuchung vorgenommen und umfangreiches Material beschlagnahmt. Es handelt sich um ein Verfahren wegen Landesverrats. Die „Münchener Post“ hatte Mitteilungen über ein angebliches Waffenlager in Franken gemacht.

Die ärztlichen Ehrengerichte. Der Reichsausschuss des Preussischen Landtages lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der ärztlichen Ehrengerichte mit 11 gegen 8 Stimmen ab. Angenommen wurde der vom Zentrum und von den Sozialdemokraten gemeinsam gestellte Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, der die Vorschriften über die ärztlichen Ehrengerichte zeitgemäß umändert, besonders eine Revisionsinstanz schafft sowie ein Wiederaufnahmeverfahren einführt.

Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Bei den Verhandlungen im Arbeitsministerium über die Bergarbeiterlöhne sind den Bergarbeitern vom 18. November ab eine Erhöhung der Lohnsätze um 55 Prozent sowie eine Erhöhung des Hausgeldes auf 60 M. und des Rindergeldes auf 80 M. ausbezahlt worden.

Eisenbahnunglück. Am Freitag morgen fuhr im dichten Nebel ein Triebwagenzug der Hamburger Vorortbahn auf einen im Bahnhof Wandsbeker Chaussee haltenden Dampfzug auf. Hier wurden drei Dampfzuges entgleisten. Fünf Personen wurden schwer, 20 leichter verletzt.

Verhaftung einer Diebesbande. Die Kriminalpolizei ist in einem internationalen Diebstahl eine Diebesbande auf die Spur gekommen. Der Rumäne Josef Kallabaum und ein junger Berliner Richard Hhle wurden bereits verhaftet. Bei Kallabaum wurden zwei Fläschchen mit Äther und Chloroform gefunden.

Neustauer Sitzendium. Der sozialdemokratische Parlamentsbericht stellt nach Einblick in den Rechnungsbuch der Zentrale der kommunistischen Partei in Berlin folgendes fest: Ausgaben für August 2750 000; Einnahmen aus Moskau 20 Millionen Mark; für September 20 200 000 Mark; Einnahmen aus Moskau 47 500 000 Mark.

